Beschlussvorschläge

für die 145. ordentliche Hauptversammlung

Dienstag, 13. Mai 2025 um 10.00 Uhr

Oberbank Donauforum, 4020 Linz, Untere Donaulände 28

- 1. Vorlage des festgestellten Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2024, des Berichts des Aufsichtsrats sowie des (konsolidierten) Corporate Governance-Berichts; Vorlage des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichtes inklusive (konsolidierter) Nachhaltigkeitsberichterstattung für das Geschäftsjahr 2024**

Die vorgenannten Unterlagen können auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.oberbank.at/hauptversammlung eingesehen werden.

Eine Beschlussfassung zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht erforderlich.

- 2. Beschlussfassung über die Verwendung des Bilanzgewinnes des Geschäftsjahres 2024**

„Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, von dem im Jahresabschluss zum 31. Dezember 2024 ausgewiesenen Bilanzgewinn von EUR 81.408.771,30 eine Dividende von EUR 1,15 pro dividendenberechtigter Aktie auszuschütten und den verbleibenden Restbetrag auf neue Rechnung vorzutragen.

Weiters schlagen Vorstand und Aufsichtsrat vor, als Zahltag für die Dividende den 20.05.2025 festzusetzen.“

- 3. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Vorstandes für das Geschäftsjahr 2024**

„Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, allen Mitgliedern des Vorstandes der Oberbank AG für das Geschäftsjahr 2024 en bloc die Entlastung zu erteilen.“

- 4. Beschlussfassung über die Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2024**

„Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, allen Mitgliedern des Aufsichtsrates der Oberbank AG für das Geschäftsjahr 2024 en bloc die Entlastung zu erteilen.“

- 5. Wahlen in den Aufsichtsrat**

Dem Aufsichtsrat gehörten zum Stichtag 31.12.2024 zehn von der Hauptversammlung gewählte Mitglieder an.

Durch Ablauf des Mandats zum Ende der Hauptversammlung scheidet heuer aus:

- Herr Dipl.-Ing. Franz Peter Mitterbauer, MBA

Herr Dipl.-Ing. Franz Peter Mitterbauer, MBA, steht für eine Wiederwahl nicht zur Verfügung.

Durch Rücklegung des Mandats zum Ende der Hauptversammlung scheidet heuer aus:

- Frau Dr. Herta Stockbauer

Nach der 144. ordentlichen Hauptversammlung vom 13. Mai 2024 bestand der Aufsichtsrat aus 10 von der Hauptversammlung gewählten und 5 vom Betriebsrat entsandten Mitgliedern. Es sind daher von der Hauptversammlung 2 Mitglieder zu wählen, um diese Zahl wieder zu erreichen.

„Der Aufsichtsrat schlägt vor,

- Frau Mag. Dr. Maria Theresia Niss, MBA

neu und zwar auf die satzungsmäßige Höchstdauer, das ist bis zur Beendigung jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2029 beschließt,

und

- Herrn Mag. Nikolaus Juhász

neu und zwar auf die restliche Funktionsperiode des ausgeschiedenen Aufsichtsratsmitglieds Frau Dr. Herta Stockbauer, sohin bis zur Beendigung jener Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 2028 beschließt,

einzelnen in getrennter Abstimmung nach der angegebenen Reihung in den Aufsichtsrat der Gesellschaft zu wählen.“

Jede der vorgeschlagenen Kandidat:innen hat eine Erklärung gemäß § 87 Abs 2 AktG abgegeben, die samt detaillierten Lebensläufen der Kandidat:innen auf der Internetseite der Gesellschaft unter www.oberbank.at/hauptversammlung zugänglich sind.

Die Beurteilung der vorgeschlagenen Kandidat:innen hinsichtlich der fachlichen Eignung und der persönlichen Zuverlässigkeit gemäß den „EBA-Leitlinien zur Bewertung der Eignung von Mitgliedern des Leitungsorgans und Inhabern von Schlüsselfunktionen“ und dem „FMA-Rundschreiben zur Eignungsprüfung von Geschäftsleitern, Aufsichtsratsmitgliedern und Inhabern von Schlüsselfunktionen (Fit & Proper Rundschreiben)“ sowie der internen „Fit & Proper Policy“ der Gesellschaft wurde durchgeführt. Bei dieser Beurteilung hat der Nominierungsausschuss die Kenntnisse, Fähigkeiten und Erfahrungen, die persönliche Zuverlässigkeit, die ausreichende zeitliche Verfügbarkeit und die Unabhängigkeit der Kandidat:innen überprüft. Der Nominierungsausschuss hat die Unabhängigkeit der Kandidat:innen gemäß BWG festgestellt. Ebenso wurden das Vorliegen von (potenziellen) Interessenkonflikten sowie die kollektive Eignung des Aufsichtsrats überprüft. Diese Beurteilungen haben eine positive individuelle und kollektive Bewertung ergeben.

Bei der Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern hat die Hauptversammlung die im § 87 Abs 2a AktG festgelegten Kriterien zu berücksichtigen, insbesondere die fachlichen und persönlichen Qualifikationen der Mitglieder, die fachlich ausgewogene Zusammensetzung des Aufsichtsrates, Aspekte der Diversität im Hinblick auf die Vertretung beider Geschlechter, die Altersstruktur und Internationalität der Mitglieder

sowie die berufliche Zuverlässigkeit. Im Aufsichtsrat der Oberbank AG wird diesen Vorgaben des § 87 Abs 2a AktG Rechnung getragen.

Der Aufsichtsrat der Oberbank AG besteht derzeit aus 10 von der Hauptversammlung gewählten Mitgliedern und 5 vom Betriebsrat gemäß § 110 ArbVG entsandten Mitgliedern. Von den 10 Kapitalvertreter:innen sind 4 Frauen und 6 Männer, von den 5 Arbeitnehmervertreter:innen sind 3 Frauen und 2 Männer. Der Aufsichtsrat besteht daher derzeit aus 7 Frauen und 8 Männern und es wird damit das Mindestanteilsgebot gemäß § 86 Abs 7 AktG erfüllt.

Ein Widerspruch gemäß § 86 Abs 9 AktG wurde weder von der Mehrheit der Kapitalvertreter:innen noch von der Mehrheit der Arbeitnehmervertreter:innen erhoben. Es kommt daher nicht zur Getrennterfüllung, sondern zur Gesamterfüllung des Mindestanteilsgebots gemäß § 86 Abs 7 AktG.

6. Wahl des Bankprüfers für das Geschäftsjahr 2026 und für den Fall, dass dies auf Grund der gesetzlichen Vorschriften für das Geschäftsjahr 2026 erforderlich sein sollte, Wahl des Prüfers der (konsolidierten) Nachhaltigkeitsberichterstattung für das Geschäftsjahr 2026

Für das Geschäftsjahr 2026 ist der Bankprüfer zu wählen.

Gemäß § 92 Abs 4a Aktiengesetz hat der Prüfungsausschuss des Aufsichtsrates einen Vorschlag für die Wahl des Abschlussprüfers erstattet und dem Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 26. März 2025 darüber berichtet.

Die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD; Richtlinie (EU) 2022/2464 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. Dezember 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) 537/2014 und der Richtlinien 2004/109/EG, 2006/43/EG und 2013/34/EU hinsichtlich der Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen, ABI L 2022/322, 15.) verpflichtet künftig zu einer inhaltlichen externen Prüfung der Nachhaltigkeitsberichtsteile im (konsolidierten) Lagebericht.

Die CSRD wurde am 10. November 2022 von EU-Parlament, EU-Rat und EU-Kommission im EU-Parlament angenommen und am 16. Dezember im Amtsblatt der EU veröffentlicht. Die Richtlinie ist am 5. Jänner 2023 in Kraft getreten, wäre bis 6. Juli 2024 in nationales Recht umzusetzen gewesen und käme für Berichtszeiträume ab dem 1. Jänner 2024 zur Anwendung.

Am 13.01.2025 wurde nun das Nachhaltigkeitsberichtsgesetz (NaBeG), mit dem den Verpflichtungen aus der CSRD nachgekommen werden soll, als Ministerialentwurf zur Begutachtung vorgelegt. Zurzeit ist noch nicht abzusehen, wann dieses Gesetz vom Parlament verabschiedet werden wird.

Da der Entwurf vorsieht, dass der Abschlussprüfer des Jahresabschlusses und der Prüfer der Nachhaltigkeitsberichterstattung durch die Hauptversammlung zu wählen sind, schlägt der Aufsichtsrat für den Fall eines gesetzlichen Erfordernisses vor, einen Prüfer für die Nachhaltigkeitsberichterstattung des Geschäftsjahres 2026 zu wählen.

„Der Aufsichtsrat schlägt vor, die Deloitte Audit Wirtschaftsprüfungs GmbH, Wien, zum Abschlussprüfer und Bankprüfer für den Jahres- und Konzernabschluss für das Geschäftsjahr 2026 sowie für den Fall, dass dies auf Grund der gesetzlichen Vorschriften für das Geschäftsjahr 2026 erforderlich sein sollte, auch zum Prüfer der (konsolidierten) Nachhaltigkeitsberichterstattung der Oberbank AG für das Geschäftsjahr 2026 zu bestellen.“

7. Wahl des Bankprüfers für die Zweigniederlassung Slowakei für das Geschäftsjahr 2025

Aufgrund der Tatsache, dass nach slowakischem Recht (Act Nr. 423/2015) auch unselbständige EU-Filialen als Unternehmen von öffentlichem Interesse eingestuft werden, ist die Bestellung von Abschlussprüfern der Zweigniederlassung Slowakei durch die Hauptversammlung vorzunehmen.

„Der Aufsichtsrat schlägt vor, gemäß § 270 Abs 1 UGB in Verbindung mit § 19 Abs 2 des slowakischen Buchhaltungsgesetzes (Act Nr. 431/2002) die Deloitte Audit s.r.o., Bratislava, mit der Abschlussprüfung der Geschäftsgebarung der EU-Zweigniederlassung der Oberbank AG in der Slowakei betreffend das Geschäftsjahr 2025 zu betrauen.“

8. Beschlussfassung über den Vergütungsbericht

Der Vorstand und der Aufsichtsrat einer börsennotierten Gesellschaft haben gemäß §§ 78c und 98a AktG einen klaren und verständlichen Vergütungsbericht zu erstellen, der einen umfassenden Überblick über die im Lauf des letzten Geschäftsjahrs den aktuellen und ehemaligen Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrats im Rahmen der Vergütungspolitik (§ 78a iVm § 98a AktG) gewährten oder geschuldeten Vergütung einschließlich sämtlicher Vorteile in jeglicher Form bietet.

Der Vergütungsbericht für das letzte Geschäftsjahr ist der Hauptversammlung zur Abstimmung vorzulegen. Die Abstimmung über den Vergütungsbericht in der Hauptversammlung hat empfehlenden Charakter. Der Beschluss ist nicht anfechtbar (§ 78d Abs 1 AktG).

„Vorstand und Aufsichtsrat schlagen vor, den Vergütungsbericht für die Bezüge der Vorstands- und der Aufsichtsratsmitglieder der Oberbank AG für das Geschäftsjahr 2024, wie zur Vorbereitung der Hauptversammlung auf der Internetseite der Gesellschaft (www.oberbank.at/hauptversammlung) veröffentlicht, zu beschließen.“